

Für ein sozialistisches Menschenbild

Autor(en): **Graf, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 5

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339710>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Für ein sozialistisches Menschenbild

Als sich am Sonntagnachmittag des 5. April zeigte, dass die Mitenand-Initiative vom Schweizervolk in einem Ausmass verworfen worden war wie nie ein Volksbegehren in den letzten 30 Jahren, kommentierte Bundespräsident Furgler, die Initiative sei eben nicht auf unsere schweizerischen Verhältnisse zugeschnitten gewesen. Während die ablehnenden Kreise – oft nur zwischen den Zeilen – erklärten, die ausländischen Arbeitskräfte hätten sich in den Dienst der schweizerischen Wirtschaft zu stellen, wenn sie schon hier arbeiten wollten, gingen die Initianten von einem klaren Menschenbild aus: Die Wirtschaft und die Gesellschaft haben sich in den Dienst der Menschen zu stellen. Anders gesagt: Die Niederlage der Mitenand-Initianten ist auf das mangelnde Menschenbild unserer Gesellschaft zurückzuführen. Man orientierte sich, wie in vielen anderen Dingen auch, an sehr rationalistischen, materiellen Gegebenheiten und nicht an Ansprüchen, die sich an Menschen orientieren.

Verheerende Auswirkungen

Dieser Mangel an Wertsystemen, die sich am einzelnen Menschen, aber auch an einer humanen Gesellschaft – national, kontinental und global – orientieren, führt uns in verheerende Sackgassen: Aufrüstung, Überbevölkerung, Hungersnot, Kriminalität, Psychiatisierung usw. Es

ist unbestritten, dass vieles von dem, was schief läuft, unbewusst geschieht. Ebenso recht haben jene, die dahinter klare Absichten der Repräsentanten der herrschenden Machtstrukturen erkennen. An einigen Beispielen möchte ich erläutern, wohin uns diese rein materialistische Denkweise führt.

Das falsche Sicherheitsverständnis

Immer wieder ist zu beobachten, dass gerade jene, die so sehr von der Sicherheit für den Einzelnen und für die Gesellschaft sprechen, um damit Aufrüstung und apparatisierte und computerisierte Sicherheitssysteme zur Kontrolle von Einzelnen und Gruppen zu rechtfertigen, im Bereich der sozialen Sicherheit abbauen und auf «Selbstverantwortung» pochen. Man will die Sicherheit vor Pannen, vor Unfällen, vor Konflikten ideal gewährleisten, während man eine an den unterschiedlichen Bedürfnissen einer noch keineswegs gerechten Gesellschaft orientierte soziale Sicherheit ablehnt.

Jedem seinen eigenen Revolver

Ein aus dem Westen der USA stammender amerikanischer Politiker kommentierte das tödliche Attentat am Ex-Beatle John Lennon so: «Das ist nun abermals ein Beweis dafür, dass wir versuchen müssen, solche Tragödien zu ver-

hindern.» Der Politiker wurde gefragt, ob die Lösung in einer schärferen Überwachung und Kontrolle des Waffenbesitzes liege. «Davon habe ich nie etwas gehalten», meinte er. Der Politiker hiess Ronald Reagan. Ob er jetzt, nachdem er selbst Opfer eines Anschlags geworden ist, seine Meinung ändern wird, ist nicht bekannt. Bei einer Gesamtbevölkerung der USA von 226 Millionen Menschen sind nach zuverlässigen Schätzungen die Amerikaner im Besitz von 90 Millionen Feuerwaffen in privater Hand. Der Bestand wächst jährlich um rund zwei Millionen. In den USA gehen also alle 13 Sekunden eine neue Pistole oder ein neuer Revolver in private Hände über (1). Was hat das mit den einleitenden Bemerkungen zu tun? In den USA besteht ein klares Menschenbild, das sich an der jungen Geschichte des Landes orientiert. Grenzermentalität und Selbstschutzreflex aus der kaum ein Jahrhundert zurückliegenden Eroberungszeit sind die zuverlässigsten Garanten für die Interessen der «National Rifle Association» (NRA), die sich mit einem Jahresbudget von 30 Millionen Dollar und 1,8 Millionen Mitgliedern erfolgreich gegen schärfere Waffenbesitzkontrollen wehrt. Wieweit diese Mentalität auch die amerikanische Wirtschafts-, Aussen- und Sicherheitspolitik der nächsten Jahre beeinflussen wird, wird sich zeigen. Grösste Bedenken sind hier durchaus am Platz.

Die Industrialisierung der Krankheit

Die Bedenken und Sorgen über eine seit Jahrzehnten zunehmende Beeinflussung unseres europäischen Denkens

durch diese amerikanische Mentalität können nicht genügend oft vorgetragen werden. Es zeigt sich in vielen Bereichen, wie weit wir es dabei schon gebracht haben.

In der Medizin zeichnet sich eine Entwicklung ab, «dass die Krankheit nurmehr unter jenem Aspekt gesehen wird, auf welchen die Biotechnologen eine Antwort wissen». Also nicht die Gesundheit ist das Ziel, sondern die vermarktbare Behandlung eines Teilaspektes der Krankheit, die Massenproduktion von Insulin für Diabetiker statt die Verringerung der Abhängigkeit von Medikation und Spritze (2).

Laut einem Artikel in der «Newsweek» aus dem Jahre 1979 werden in den USA besonders nervöse Kinder mit Psychopharmaka wie Lithium, Mellaril usw. behandelt, statt den Ursachen der Beunruhigung des Kindes nachzugehen.

Auch bei den Medien haben wir in dieser Zeitschrift schon davon gesprochen, dass sie nicht von einem Menschenbild aus Programmangebot und Medienversorgung insgesamt bestimmt werden, sondern von den Absatzzwängen der Medienindustrie her (3).

Gefährdete Menschlichkeit

Unter diesem Titel weisen Johanno Strasser und Klaus Traube darauf hin, dass unsere Industriegesellschaft nicht nur Güter und Dienstleistungen, sondern auch Menschen produziert: «Sie fördert Strukturen und soziale Beziehungen, die die Menschen dem spezifischen Menschenbild der Industriegesellschaft anpassen.» Indessen wird ebenso augenfällig, dass der Kapitalismus ein soziales Verhalten der Wirtschaftssub-

jekte hervorruft, «das immer offensichtlicher sein eigenes Ordnungsgefüge zu sprengen droht» (4).

Dessen Äusserungsformen sind in der Ökobewegung, in Konsumenten-, Mieter- und anderen Alternativbewegungen zu suchen. Wenn diese Bewegungen es verstehen, ihre Alternativen in den Machtkontext zu stellen, dem sie sich ausgesetzt fühlen, werden sie zu einem ernsthaften politischen Faktor, der wohl die einzige Chance ist, dieser Vermaterialisierung und Dienstbarmachung durch die Industriegesellschaft etwas Gültiges entgegenzusetzen. André Gorz postuliert denn auch in seiner Analyse der Zukunftsaussichten der Industriegesellschaft den Primat der Politik und die unbedingte Notwendigkeit des Staates als Regulator für den Erfolg der Überwindung der spätkapitalistischen Gesellschaft hin zu einem Menschsein, dass sich als «soziale Identität in der Welt» (5) versteht. Gorz schreibt: «... die Politik ist unwirksam und ohne eigene Realität, sofern in der Gesellschaft nicht Kampfbewegungen wirken, die den Herrschaftsapparaten des Kapitals und des Staates wachsende Autonomieräume zu entwenden suchen.» Solange die politischen Parteien diese Kampfbewegungen zurückdrängten oder sich zu unterwerfen trachteten, befänden sie sich im Niedergang und brächten sich selber noch tiefer in Misskredit. «Es besteht kein Grund, über ihren Selbstmord zu frohlocken. Der Tod der Politik kündigt die Geburt des totalen Staates an (6).»

Ausblick

Die Analyse der Befindlich-

Angst vor der Autonomie

«Die Angst der Mächtigen vor der Autonomie – aufgezeigt am Beispiel Zürich» ist ein Darstellungs- und Erklärungsversuch der Ereignisse der letzten Monate. Rägi Howald, Rolf Salzmann und Peter Scheucher dokumentieren in einer Chronologie den Ablauf der Ereignisse, mit einem Blick in die Vergangenheit zwischen 1930 und 1980. Die



Autoren zeigen, wie seit Jahrzehnten das Bedürfnis nach einem autonomen Jugendhaus in der Stadt Zürich unterdrückt wird, wie unbequeme Jugend immer wieder mit der Gewalt des Staates konfrontiert worden ist. In dieser Dokumentation wird sichtbar, mit welcher Hilflosigkeit die Behörden auf offensichtliche Bedürfnisse und Unzufriedenheit reagieren, mit Hilflosigkeit oder aber mit bewusster Unterdrückung und Gewalt. Vorwort von Emanuel Hurwitz. Im Gegen-Verlag, Horgen.

keit unserer westlichen Industriegesellschaften zeigt, dass wir an einem Scheideweg stehen. Für uns Sozialisten ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, unseren programmatischen Standort neu zu überdenken. Wir werden dabei unsere eigene Geschichte kritisch beleuchten und schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir selber eine ganze Reihe von Hoffnungen nicht rechtzeitig als falsch erkannt haben, weil wir in der Wachstumsgesellschaft den Garanten einer zunehmenden Humanisierung der Gesellschaft erblickten, ohne in dieser Humanisierung mehr als materielle und organisatorische Neuerungen und Verbesserungen zu se-

hen. Das Menschenbild in unserem Programm ist richtig: Wir wollten immer den solidarisch handelnden, entscheidfähigen und mündigen Bürger. Aber im Streben nach diesem Menschenbild ist uns entgangen, wie sehr wir uns dem von der Industriegesellschaft gewollten Menschenbild unterordneten und dabei diese Industriegesellschaft selber mitgeprägt haben. Unser Ja zur Miteneand-Initiative war richtig, nur gelang es aus einem unpräzisen eigenen Menschenbild heraus nicht, dieses Ja einer Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verständlich zu machen. Daran werden wir arbeiten müssen. Das ist eine Frage auch der politischen

Strategie, Taktik und Vermittlungsfähigkeit.

Anmerkungen

- 1) Der Mythos von der Macht des Revolvers. Aus: Süddeutsche Zeitung, Seite 3, 4./5. April 1981.
- 2) Rainer Hohlfeld: Biomedizin. Vorwärts Spezial, März 1981.
- 3) Peter Graf: Satellitenfernsehen. Rote Revue Nr. 11/80.
- 4) Strasser/Traube: Die Zukunft des Fortschrittes, Seite 219. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1981.
- 5) Strasser/Traube, op. cit.
- 6) André Gorz: Abschied vom Proletariat, Seite 114. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1980.

Jakob Tanner und Felix Müller

Groupe d'Yverdon – ein Katalysator

Die «Groupe d'Yverdon», angesiedelt auf der linken Seite der SPS, versteht sich als ein «sozialistischer Katalysator in einer regenerationsbedürftigen Partei». Nicht nur die «Aktionsgemeinschaften» von Sozialdemokraten in Basel und Zürich, auch die «Groupe d'Yverdon» hat in den letzten Monaten für Schlagzeilen innerhalb und ausserhalb der Partei gesorgt. Die Rote Revue publiziert eine Selbstdarstellung dieser Gruppe.

In letzter Zeit wurde in der bürgerlichen Presse wieder einmal das Bild einer von rechts und von links her auseinanderbrechenden SPS kolportiert. Die Basler «Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten und Gewerkschafter» und die «Groupe d'Yverdon» (GY) gerieten nacheinander in die Inlandschlagzeilen und beschworen die Vorstellung eines Parallelismus von «rechter Spaltungsdrohung» und «linker Unterwanderung» herauf. Dieses Bild

liegt schief. Die GY ist keineswegs das linke Spiegelbild zu dem, was von einigen geräuschvoll operierenden «1959ern» momentan am rechten Rand der Partei angeordnet wird. Die GY stellt vielmehr auf den breiten parteiinternen Konsens ab, dass die Verbreiterung und die Aktivierung der Mitgliederbasis der beste Garant für eine glaubwürdige und durchsetzungsfähige sozialistische Politik ist. Und sie hat ein Parteiestablishment im Visier,

das nun seit Jahrzehnten einigermassen prinzipienlos auf dem fallenreichen Manövriertfeld der bürgerlich beherrschten Konkordanzpolitik taktiert.

Dieser Riss quer durch das Parteigegefüge ist ebenso wie das Auftauchen einer lockeren linken Gruppierung von Basisaktivisten, die sich inzwischen etwas enger formiert haben, nicht zufällig.

Die GY ist die Antwort auf eine Problemkonstellation, die sich spätestens seit Beginn der 70er Jahre abzeichnete und die längerfristig an Gewicht gewinnen wird. Ob die GY in ihrer heutigen Form weiterexistieren wird, ist weniger wichtig als die Tatsache, dass sich der Kampf für den Sozialismus – und damit auch die SPS – mit neuen gesellschaftlichen Problemen und veränderten politischen Anforderungen ebenso wie mit neuen Konflikten und Spannungen innerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung konfrontiert sieht, auf welche die GY eine Antwort sucht.